

Einreichung für eine Session bei der Tagung: *10 Jahre nach der Weltfinanzkrise: New Economic Thinking – Beginn einer Transformation von Wirtschaftspolitik und Wirtschaftswissenschaft*

Power Structures in Economics

Ernest Aigner und Stephan Pühringer*†*

Session abstract

In Hinblick auf den aktuellen Zustand der Wirtschaftswissenschaften sind zwei Entwicklungen auszumachen. Einerseits befindet sich die ökonomische Disziplin insbesondere nach dem Ausbruch der Weltfinanzkrise und den damit verbundenen Forderungen nach einer Pluralisierung in Forschung und Lehre in einer Krise. Andererseits haben ÖkonomInnen und ökonomisches Denken generell auch nach der Krise großen Einfluss auf wirtschaftspolitische öffentliche Debatten und politische Entscheidungsprozesse. Vor diesem Hintergrund wollen wir uns der Frage der Machtstrukturen innerhalb der Ökonomik in dieser Session auf mehreren Ebenen nähern. Dabei werden auf Basis von bibliometrischen, indikatorenbasierten sowie netzwerkanalytischen Zugängen Ergebnisse aus empirischen Analysen zur Macht- und Sozialstruktur deutsch(sprachiger) wie internationaler Ökonomik vorgestellt. Thematisch stehen dabei die innerakademischer Machtverteilungen auf Basis von Zitationen, der institutionelle und paradigmatische Status Quo der Ökonomik, sowie paradigmatische und politisch-ideologische Ungleichgewichte in der wirtschaftspolitischen Beratung im Vordergrund.

* Institute for Ecological Economics, Department for Socioeconomics, WU Vienna University of Economics and Business, Welthandelsplatz 1, D5.3.023, 1020 Vienna, Austria. ernest.aigner@wu.ac.at

† Johannes Kepler University of Linz, Institute for Comprehensive Analysis of the economy (ICAE), stephan.puehringer@jku.at (corresponding author)

Konzentration und Orientierung der deutschen Ökonomik im internationalen Vergleich.

Ernest Aigner, Msc.¹

Die Verdrängung alternativer Forschungsansätze in der Ökonomie ist in den letzten Jahrzehnten immer weiter fortgeschritten, oftmals wird argumentiert Deutschland sei von dieser Entwicklung besonders betroffen. Dieser Beitrag untersucht vergleichend, latente soziale Strukturen im akademischen Bereich der Ökonomie mithilfe der kognitiven Bibliometrie. Hierzu wird ein Datensatz mit 3.5 Millionen Zitationen zwischen 450.000 in peer-reviewed akademischen Zeitschriften veröffentlichten Artikel analysiert. Der Fokus liegt auf Unterschieden zwischen dem deutschsprachigen Bereich und dem Rest der Welt. Die Untersuchung zeigt, dass zwischen 1998 und 2017 1/3 der Artikel von US-Amerikanischen Autor_innen verfasst wurden. Diese erhielten allerdings 55% aller Zitationen. Demgegenüber liegt der Anteil von Deutschland nur bei 5.3% aller Artikel. Deutschland wird mit ca. 2.7% aller Zitationen in diesem Zeitraum deutlich weniger zitiert. Wie beim Rest der Welt ist auch für Deutschland die USA die wichtigste Referenzquelle, gefolgt von England, Frankreich und dem Rest Europas. Das Verhältnis von importierten zu exportierten Zitationen nimmt in Deutschland, Frankreich, Großbritannien, Nordrheinwestfalen, Österreich und der Schweiz zu. Die Untersuchung der paradigmatischen Orientierung zeigt eine klare Marginalisierung von heterodoxen Forschungszugängen, diese werden weniger zitiert und befinden sich vor allem an kleineren Universitäten mit geringem politischen Einfluss. In Folge der Finanzkrise kann zwar auf einen leicht zunehmenden Einfluss heterodoxer Forschung anhand von Referenzen zu Büchern identifiziert werden, Keyword und Abstrakt Auswertungen können diese Tendenz allerdings weder für Deutschland noch den Rest der Welt bestätigen. Auf Basis dieser Analyse kann darauf geschlossen werden, dass die Finanzkrise zu einer leichten thematischen aber keiner theoretischen oder methodischen Neuorientierung geführt hat.

¹Institute for Ecological Economics, Department for Socioeconomics, WU Vienna University of Economics and Business, Welthandelsplatz 1, D5.3.023, 1020 Vienna, Austria. ernest.aigner@wu.ac.at, +43-(0)1- 31336 ext. 5433

Neutrale ExpertInnen oder politische AkteurInnen?

Die politischen Orientierungen „öffentlicher ÖkonomInnen“ in den USA

Karl Beyer, Stephan Pühringer*[‡]

Ökonomisches Wissen und ökonomische ExpertInnen als VermittlerInnen dieses Wissens spielen, von der Finanz- und Wirtschaftskrise 2008ff und der damit verbundenen Kritik an der Prognosefähigkeit der Ökonomik weitgehend unbeeinflusst, eine zentrale Rolle in vielen öffentlichen und politischen Debatten. Dabei definieren medial und politisch wirkende ÖkonomInnen ihr Engagement oftmals in einem aufklärerischen Kontext als VertreterInnen des ökonomischen Sachverständes und zielen auf eine Versachlichung wirtschaftspolitischer Debatten. Einem strikt positivistischem Wissenschaftsverständnis folgend, wie es auch in standardökonomischen Lehrbüchern zu finden ist, wird hier eine weitgehend objektive, un-politische Position vertreten. So stellen etwa Gregory Mankiw und Mark Taylor (2014, 17) in ihrem einflussreichen Lehrbuch „Economics“ einleitend fest: „Economists try to adress their subject with a scientist’s objectivity“. In den letzten Jahre entwickelte sich eine Debatte zur Frage, inwieweit es unter ÖkonomInnen einen Konsens zu zentralen, wirtschaftspolitisch relevanten Problemstellungen gibt; inwieweit es also überhaupt zulässig ist von einem uniformen ökonomischen Sachverstand zu sprechen, oder ob womöglich ideologische bzw. politische Prädispositionen wirtschaftspolitische Positionen präeterminieren, also einem allgemeinen Konsens potenziell im Weg stehen. Die gegenwärtige empirische Evidenz ist diesbezüglich widersprüchlich.

Vor diesem Hintergrund stellen wir uns in diesem Paper die Frage, inwieweit „öffentliche ÖkonomInnen“ – also ÖkonomInnen, die sich aktiv an öffentlichen Debatten beteiligen und somit politische und gesellschaftliche Wirkmächtigkeit anstreben – dem Idealbild als VerfechterInnen eines allgemeinen ökonomischen Sachverständes entsprechend agieren, oder ob sie ihr symbolisches Kapital als ökonomische ExpertInnen für politischen Aktivismus nutzen. In diesem Paper zeigen wir anhand einer Sozialen Netzwerkanalyse eines Samples von über 6.000 US-ÖkonomInnen, die zumindest eine von über 70 öffentlichen Petitionen und Briefen zu wirtschaftspolitischen Themen seit 2008 unterzeichnet haben, dass für öffentlich aktive ÖkonomInnen in den USA – analog zum politischen System – eine klare politische bzw. ideologische Lagerbildung ausgemacht werden kann. So gibt es zwar auch eine Minderheit an Petitionen, die über die beiden politisch-ideologischen Cluster hin unterstützt wurden, die große Mehrheit der Petitionen ist aber klar einem der beiden politisch-ideologischen Lager zuzuordnen. Diese empirischen Resultate stehen in Widerspruch zu dem Bild einer nach außen hin „un-politisch“, „objektiv“ und „neutral“ auftretenden Disziplin, wie es innerhalb des ökonomischen Mainstreams oftmals propagiert wird.

Schlagwörter: Soziale Netzwerkanalyse, Soziologie der Ökonomik, „öffentliche ÖkonomInnen“, USA, ökonomische Petitionen

JEL Codes: A11, A14, B55

[‡] Beide Johannes Kepler University of Linz, Institute for Comprehensive Analysis of the economy (ICAE), stephan.puehringer@jku.at (corresponding author).

Aktuelle Bestandsaufnahme und Entwicklungstendenzen in der ökonomischen Disziplin – Deutschland und USA im Vergleich

*Karl Beyer, Christian Grimm, Jakob Kapeller, Stephan Pühringer**

Kritische Diskurse über den paradigmatischen Status in der Volkswirtschaftslehre sind en vogue. Darin wird der Ökonomik eine bereits Jahrzehnte andauernde Sonderstellung unter den Sozialwissenschaften zugeschrieben, da sie über ein dominantes Paradigma verfügt, dessen Einfluss auf Forschung, Politikberatung und vor allem auf die universitäre Lehre bis heute maßgeblich ist, wenngleich kurz nach dem Ausbruch der Finanz- und Wirtschaftskrise 2008 mancherorts eine Phase der kritischen Selbstreflexion eingeleitet wurde. Diesem als (orthodoxem) *Mainstream* (neoklassischer Prägung) bezeichnetem Paradigma stehen mehrere (lose) *heterodoxe* Strömungen in einer weitgehend marginalisierten Position gegenüber.

In diesem Beitrag soll der gegenwärtige Diskurs durch eine vergleichende Betrachtung der Volkswirtschaftslehre am Beispiel Deutschlands und den USA vor dem Hintergrund der Frage nach einem *deutschen Sonderweg in der Ökonomik* ergänzt werden. In der hierfür durchgeführten empirischen Analyse wurden mittels einer indikatorbasierten Typologisierung die derzeit in den beiden Ländern tätigen Universitätsprofessor_innen (Deutschland Voll-, USA Stichprobenerhebung) an volkswirtschaftlichen Departments erfasst und im Hinblick auf soziodemografische Faktoren, Forschungsprofil sowie wirtschaftspolitische Orientierung untersucht. Der Beitrag versucht dabei neben einer aktuellen Bestandsaufnahme auch Entwicklungstendenzen darzustellen. Hierzu wurden die Professor_innen anhand ihres akademischen Alters (Promotionsjahr) in Kohorten eingeteilt.

Während insbesondere das akademische Forschungsprofil der Professor_innen in beiden Ländern eine relativ homogene Struktur aufwies (z.B. Fokussierung auf mikroökonomische Forschung, hohe Mainstreamorientierung), konnten auf der Ebene des politischen Wirkungsspektrums länderspezifische Unterschiede identifiziert werden (z.B. unterschiedliche Gewichtung in der wissenschaftlich-zuarbeitenden und unmittelbar wirtschaftspolitischen Politikberatung). Das Vorhandensein ordoliberaler Konzeptionen bildet jedoch ein wesentliches Spezifikum der deutschen Volkswirtschaftslehre. In Bezug auf die Entwicklungstendenzen wurde bei den jüngeren Professor_innen eine noch engere Verknüpfung mit dem *Mainstream* festgestellt.

* alle Johannes Kepler University of Linz, Institute for Comprehensive Analysis of the economy (ICAE), christian.grimm@jku.at (corresponding author).